

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FÜR DIE SPARMASSNAHMEN 80
Presseausschuss, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. 031/22 34 38

An die deutschsprachige
Schweizerpresse

Bern, 24. November 1980 ea

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das Abstimmungswochenende steht unmittelbar bevor. Wir gestat-
ten uns deshalb, Ihnen den Schlusssaufruf unseres Aktionskomitees
mit der Bitte um Publikation zukommen zu lassen.

Wir möchten es bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, Ihnen
für die uns zugekommene Unterstützung bei der Information des
Stimmbürgers über die Abstimmungsvorlagen vom 30. November
bestens zu danken.

Mit freundlichen Grüßen
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
FÜR DIE SPARMASSNAHMEN 80
Für den Presseausschuss:

Chr. Beusch

GESUNDUNG DER BUNDESFINANZEN - DARUM 3 X JA

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 30. November

Als Bundesrat Willi Ritschard unlängst feststellte, dass der Schweizer Ordnung in seinem (Finanz-) Haushalt liebe, fand er breite Zustimmung. Aber der Schweizer will nicht nur, wie unser Finanzminister zu Recht bemerkte, Ordnung in seinem Haushalt, sondern auch in jenem seiner Gemeinde, seines Kantons und des Bundes. Doch in der Bundeskasse klafft ein gähnendes Loch - und nicht erst seit gestern. Weshalb?

Seit den sechziger Jahren sind die Ausgaben des Bundes stark gestiegen, da ihm von den Stimmberechtigten immer neue Aufgaben überbürdet wurden. Mit den damit verbundenen zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen hielt jedoch die Einnahmenentwicklung nicht Schritt. Folge: Seit mehr als zehn Jahren gibt der Bund mehr aus als er einnimmt. Konsequenz dieser negativen Rechnungsergebnisse war ein gewaltiges Ansteigen des Schuldenberges, der demnächst die 20-Mrd-Grenze erreicht, und in entsprechendem Umfang ein Anwachsen der Zinsenlast. Heute benötigt der Bund allein für seinen Zinsendienst jährlich über 800 Mio Franken - das sind tagtäglich rund 2,5 Mio Franken oder mehr als der Bund für die Invalidenversicherung oder die Krankenversicherung ausgibt.

Die Mittel, die der Bund für den Zinsendienst aufwendet, könnten sinnvoller eingesetzt werden. Deshalb ist eine weitere Zunahme der Schuldenlast des Bundes untragbar und dieser Entwicklung muss ein Riegel geschoben werden.

Der Ausgleich des Bundeshaushaltes ist aus staats- und finanzpolitischen Ueberlegungen unumgänglich. Auch der Bund kann nicht ohne unliebsame Folgen dauernd mehr ausgeben als er einnimmt. Defizite heizen zudem die Teuerung an. Und wir können späteren Generationen nicht zumuten, dass sie unsere Schulden übernehmen.

Seit geraumer Zeit werden Anstrengungen unternommen, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen. Die Liste der seit Mitte der siebziger Jahre ergriffenen Massnahmen zur Sanierung des Bundeshaushaltes ist eindrücklich. Sie zeigt einerseits, wie schwierig es ist, einen allseits befriedigenden Lösungsweg zu finden; andererseits aber auch, dass sich die Stimmberechtigten mehrmals klar für den Grundsatz "Zuerst sparen, dann steuern" ausgesprochen haben.

Dieser Aufforderung des Soveräns sind Bundesrat und eidgenössische Räte gefolgt. In Etappen wurden die Bundesausgaben massiv gesenkt. Die Stimmberechtigten haben diese Politik mit ihrer Zustimmung sanktioniert. Am 30. November erhalten sie Gelegenheit, mit drei Ja ihren bisherigen Kurs zu bestätigen. Zur Abstimmung gelangen drei Vorlagen aus dem Paket der "Sparmassnahmen 80". Die vorgeschlagenen drei Verfassungsänderungen bringen der Bundeskasse eine substantielle Entlastung. Mit ihrer Zustimmung zu den drei Sparvorlagen, die von Bundesrat und eidgenössischen Räten zur Annahme empfohlen werden, tragen die Stimmberechtigten zur Gesundung des Bundeshaushaltes bei und bekräftigen ihre bisher eingenommene Haltung.

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FÜR DIE SPARMASSNAHMEN 80

Der Präsident:

Nationalrat Dr. Remigius
Kaufmann (CVP, SG)

Die Vizepräsidenten:

Ständerat Dr. Paul Bürgi (FDP,
SG)
Ständerat Jakob Stucki (SVP,
ZH)
Nationalrat Gianfranco Cotti
(CVP, TI)
Nationalrat Raoul Kohler
(FDP, BE)